

Pressemitteilung

Osnabrück, 25.09.2019

Preise für Wohnraum in Osnabrück explodieren—DIE LINKE fordert Deckelung der Mieten

Pressemitteilung

Osnabrück.

Die Angebotsmieten in Osnabrück sind seit 2012 jährlich um 5,1 Prozent pro Jahr gestiegen. Das geht aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage des LINKEN-Bundestagsabgeordneten Victor Perli zur Mietenentwicklung in den 14 größten Städten Niedersachsens hervor. Im Jahr 2012 zahlten Wohnungssuchende noch eine durchschnittliche Kaltmiete von 5,90 EUR pro Quadratmeter, im Jahr 2018 sind die Mieten bereits auf 7,95 EUR pro Quadratmeter geklettert. Dies entspricht einer Steigerung von über 34 Prozent. Neben Osnabrück sind auch die anderen Städte von teils drastischen Mietsteigerungen betroffen. In Wolfsburg sind die Mieten von 2012 bis 2018 mit 63,1 Prozent am meisten gestiegen.

Die Partei DIE LINKE fordert deshalb eine gesetzliche Deckelung der Mietpreise auf dem Wohnungsmarkt. „Die aktuellen Mieten sollen als Sofortmaßnahme nach Berliner Vorbild für fünf Jahre eingefroren und zugleich regionale Höchstmieten festgelegt werden“, sagte Perli.

Entsetzt über die neuesten Zahlen zeigt sich auch Heidi Reichinnek. Die Landesvorsitzende der LINKEN und Ratsmitglied in Osnabrück äußert sich für die Linksfraktion im Rat: „Der Mietenwahnsinn macht sich auch in Osnabrück breit. Es ist unerträglich, dass vor allem junge Menschen im Studium oder in der Ausbildung sowie Senioren, Alleinerziehende aber auch Familien mit normalen Einkommen kaum noch bezahlbaren Wohnraum finden. Die Mieter werden schleichend enteignet, indem sie immer mehr von ihren Löhnen und Renten für die Wohnung ausgeben müssen“, kritisiert Reichinnek. "Die Osnabrücker haben es durchgesetzt, dass der Rat endlich wieder eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft gründet. Bis diese ihre Arbeit aufnehmen und effektiv in den Wohnungsmarkt eingreifen kann, ist ein Mietendeckel dringend nötig, um als Sofortmaßnahme vor weiterer Verdrängung und Armut zu schützen."

In Berlin wird der von den LINKEN initiierte Mietendeckel nach jetzigem Stand im Januar 2020 in Kraft treten. Die LINKEN-Politiker kündigten neben Anträgen im Bundestag und im Stadtrat auch Protestaktionen gegen Mietwucher und Wohnungsnot an.